

II-6233 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3092/J

1992-06-04

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Haupt, Probst, Haigermoser
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend die Beratungen über die geplante Zusammenlegung der Straßenbau-
Sonergesellschaften

Einem Bericht der Tageszeitung "Kurier" (Ausgabe vom 6. April d. J.) war zu entnehmen, daß der Wirtschaftsminister ein informelles Gipfelgespräch mit den zuständigen Referenten der einzelnen Landesregierungen über die geplante Zusammenlegung der Straßenbau-Sonergesellschaften geführt habe. Nach den vorliegenden Informationen wurden jedoch die Straßenbaureferenten der Bundesländer Salzburg und Kärnten nicht in diese informelle Gesprächsrunde miteinbezogen.

Es ist in diesem Zusammenhang festzuhalten, daß insbesondere die Straßenverwaltung des Bundeslandes Kärnten durch die Realisierung verschiedener Reformkonzepte und die Einführung betriebswirtschaftlicher Instrumentarien (Budgetcenter, Kostenrechnung, controlling und management by objectives) bereits enorme Kosteneinsparungen erzielt hat und damit wesentliche Aspekte für die notwendige Reform im Straßenbaubereich einbringen könnte.

Da der Ausschluß der genannten Straßenbaureferenten im Hinblick auf die gebotene, sämtliche Bundesländer umfassende Information sachlich nicht gerechtfertigt erscheint, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten nachstehende

fpc109/204/anfragen/wfstraßen.mit

A n f r a g e :

- 1) Entspricht es den Tatsachen, daß die Straßenbaureferenten der Bundesländer Kärnten und Salzburg nicht zu diesem informellen Gespräch über die geplante Zusammenlegung der Straßenbau-Sondergesellschaften eingeladen wurden und, wenn ja, aus welchen Gründen?
- 2) Welche Ergebnisse haben diese informellen Gespräche konkret erbracht?
- 3) Ist in diesem Zusammenhang die Übernahme des Kärntner Reform-Modells, das durch eine wesentliche Reduktion des Personalaufwandes letztlich Einsparungen in der Höhe von 70 Mio. Schilling pro Jahr bewirkt hat, geplant?
- 4) Welche Reformschritte sind seitens Ihres Ressorts geplant, um die Effizienz der Straßenbau-Sondergesellschaften zu heben?
- 5) Entspricht es den Tatsachen, daß die Erhaltung von Bundesstraßen bislang kostengünstiger durch die einzelnen Straßenbauverwaltungen der Bundesländer erfolgt ist?
- 6) Wie hoch waren die Kosten für die Erhaltung der Bundesstraßen A und B (aufgeschlüsselt nach Straßenbau-Sondergesellschaften und Bundesländer) im vergangenen Jahr?
- 7) Welche Maßnahmen werden seitens Ihres Ressorts gesetzt, um "Parallelstrukturen" (Bundesstraßen B/Länder; Bundesstraßen A und S/Straßenbau-Sondergesellschaften) in Zukunft zu vermeiden?
- 8) Ist im Zusammenhang mit der geplanten Kompetenzneuregelung vorgesehen, die Zuständigkeit für Bundesstraßen B den Ländern zu übertragen?

fpc109/204/anfragen/wfstraßen.mit